

Hilfe für Helfende: Netzwerke und Nachsorge in den Blick nehmen

(BS/Sebastian Hartmann) Die Erfahrung vieler – ziviler wie militärischer – internationaler Einsätze und nicht zuletzt die Flüchtlingsbewegung 2015/16 haben einen Bedarf an psychosozialer Notfallversorgung ebenso wie der Einsatznachsorge erneut deutlich gemacht. Nationale wie internationale Hilfsorganisationen bilden ihre Einsatzkräfte in nahezu jeder Hinsicht optimal aus, bereiten sie auf ihre Einsätze vor; längst spielt die psychosoziale Vorbereitung und Begleitung eine große Rolle. Dies gilt auch für die Einsatznachsorge. Doch der Bedarf ist national wie international groß. Dies allein schon, um Helferinnen und Helfer nach ihrem Einsatz nicht alleine zu lassen. Sonst gehen Organisationen Helfende verloren, die im schlimmsten Fall langfristig traumatisiert sind. Hinzu kommt: Nicht in allen Staaten sind Forschungen und Betreuungsmöglichkeiten so weit wie in Deutschland.

Mehr als 2.250 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind derzeit international im Einsatz, außerdem nahezu 1.000 Fachkräfte im Entwicklungsdienst, vorwiegend von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Mehr als 7.000 Freiwillige wurden 2019, im letzten Jahr vor Corona, ins Ausland vermittelt. Zahlreiche Menschen im Dienst nationaler und internationaler Hilfsorganisationen kommen hinzu.

Viele von ihnen werden bei ihren Auslandseinsätzen mit Situationen und Ereignissen konfrontiert, die potenziell traumatisch verlaufen können: neben kriegerischen Auseinandersetzungen und Attentaten auch durch Umweltkatastrophen, Auswirkungen extremer Armut oder einer allgemein als ausweglos empfundenen Lage. (Das gilt auch für Einsätze im Inland, wie wir sie beim Hochwasser im Juli 2021 erlebt haben.) Für die Auslösung eines Traumas gibt es dabei keine "objektive" Skala. Erfahrungen von extremer Angst, Kontrollverlust oder Ohnmacht sind subjektiv.

Neben einer guten – auch psychosozialen – Vorbereitung und Begleitung solcher Einsatzkräfte bedarf es daher dringend einer psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) traumatisierter ziviler wie militärischer Ein-



Sebastian Hartmann ist Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: BS/privat

satzkräfte auf höchstem Niveau. Leider wird regelmäßig festgestellt, dass es noch erheblichen Forschungsbedarf für die Traumatherapie gibt, so dass eine Bündelung der vorhandenen Kompetenzen und des vorhandenen Know-hows sinnvoll erscheint. Der Aufbau eines Netzwerkes zum dauerhaften Austausch der Erkenntnisse auch international, die Schaffung ausreichender Kapazitäten und die interdisziplinäre Zusammenarbeit sind wichtige Schlüssel.

Ich schlage daher die Einrichtung eines Bundeszentrums für die psychosoziale Notfallversorgung und zur Einsatznachsorge von Einsatzkräften im Raum Bonn vor. Im Rahmen des Bonn/Berlin Vertrages zur Regelung des zweiten Regierungssitzes Bonn, der nach Willen der Ampel-Parteien in dieser Wahlperiode mit den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz zu schließen ist, kann ein solcher Ansatz organisatorisch und finanziell vereinbart werden.

In Bonn haben nicht nur das Bundesverteidigungsministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ihren ersten Dienstsitz, sondern auch viele nachgeordnete Behörden, vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bis zum Technischen Hilfswerk (THW), die GIZ als größte Organisation internationaler Entwicklungszusammenarbeit, viele Hilfsorganisationen – und nicht zuletzt zahlreiche Einrichtungen der Vereinten Nationen. Deren Erfahrungen und gegebenenfalls sogar Best-Practice-Cases liegen unmittelbar vor Ort "auf dem Tisch".

Nicht zu unterschätzen ist die Nähe zum BBK in Bonn, das für die PSNV von Helfern

im Katastrophenschutz seit 20 Jahren Standards definiert. Seit 2004 nimmt das BBK eine zentrale fachliche Rolle in Forschung, Ausbildung und Innovation ein.

Der bedeutende Bundeswehr-Standort Koblenz mit seinem Bundeswehrzentral-krankenhaus ist nur 60 Kilometer entfernt. Deren Kompetenz bei der Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen können wir in Bonn auch verstärkt zivil nutzbar machen und für eine Stärkung der friedlichen internationalen Kooperationen nutzen. Die Ausweitung der Erkenntnisse und Erfahrungen über den Kreis der Einsatzkräfte auf die Opfer von Katastrophen und kriegerischen Auseinandersetzungen werden der nächste, logische Schritt.

Neben den wissenschaftlichen und praxisrelevanten Synergieeffekten kommt der herausragenden medizinischen Infrastruktur vor Ort eine besondere Rolle zu. Neben dem nahen Bundeswehrzentral-krankenhaus sind Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis selbst Standort einer Uniklinik und mehrerer Krankenhäuser mit für die PSNV relevanten Spezialistinnen und Spezialisten. Bonn ist einer der medizinisch herausragend gut versorgten Orte mit überregionaler und durch die Vereinten Nationen auch internationaler Bedeutung.

Die in dem neuen Zentrum gewonnenen Erfahrungen, Erkenntnisse und Forschungsergebnisse müssen dann auch für die Betreuung ziviler Opfer und traumatisierter Flüchtlinge genutzt werden – international. Das gilt für UN-Hilfsorganisationen wie für die EU und unsere Bündnispartner. Die Region Bonn könnte somit entlang eines Netzwerkgedankens sämtliche vorhanden Ressourcen bündeln und zu Forschung und Betreuungskapazitätsaufbau konkret beitragen. Der Ukraine-Krieg zeigt uns, dass es nur noch geringe Unterschiede zwischen militärischen und zivilen Traumata gibt – und dass nur internationale Zusammenarbeit weiterer solcher Kriege verhindern kann. Ein Bundeszentrum für die psychosoziale Notfallversorgung ziviler Einsatzkräfte wäre weiterer friedlicher Beitrag aus Deutschland (und Bonn) für die internationale Zusammenarbeit.